

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die kgl. Amtshauptmannschaft zu Meißen, das kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff.

Erscheint wöchentlich zweimal, Dienstags und Freitags. — Abonnementpreis vierteljährlich 1 Mark. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Inserate werden Montags und Donnerstags bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Nr. 68. Freitag, den 26. August 1887.

Bekanntmachung.

Nächsten

Sonnabend, den 27. dieses Monats,
Nachmittags 5 Uhr,

sollen auf hiesigem Rothhause im Sessionszimmer

- 1., der zweite Grabschnitt auf den Parzellen am Schießhause u. s. w.,
- 2., die diesjährige städtische Pflaumenruddung in den Stadtgräben und an der Hofmühle, und
- 3., die sogenannten Stadtschreiber- und Viehwegsflöße sowie die Parzellen am Gickelsberge

unter dem im Termine bekannt gemacht worden Bedingungen öffentlich verpachtet werden, wozu Pachtlustige hiermit eingeladen werden.
Wilsdruff, am 22. August 1887.

Der Stadtgemeinderath.
Vize, Dr. G. G. G.

Tagesgeschichte.

Die Spiritus-Monopol-Bank kommt zu Stande. Das Aktienkapital wird zunächst auf 40 Millionen Mk. erhöht; in einem neuen Flugblatt der Gesellschaft wird darauf hingewiesen, daß die Frist für Beitrittssammlungen am 27. August abläuft, da die Gesellschaft, wenn sie am 1. Oktober zu arbeiten beginnen sollte, am 1. September fertig sein müsse. Beigetreten ist außer einer Versammlung von Interessenten in Dirschau noch eine Versammlung von 180 Brennern in Magdeburg, dagegen hat sich der Stettiner Zweigverein der pommerischen ökonomischen Gesellschaft zum größten Theil gegen das Project erklärt. — Auch der Reichskanzler Fürst Bismarck hat für seine Person als Brennereibesitzer die Theilnahme an der Spiritusbank abgelehnt. Er hat nämlich den in Breslau tagenden Branntweimbrennern durch Geheimrath Rottenburg befehlen lassen: „Se. Durchlaucht hält das Unternehmen für ein nützliches und wünscht demselben gutes Gelingen, kann sich aber mit Rücksicht auf seine Stellung natürlich nicht persönlich betheiligen.“

Die Sozialdemokraten werden anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Sozialistengesetzes eine Denkschrift veröffentlichen, welche unter anderem eine genaue Statistik aller seither erlassenen Verbote von Zeitungen und Vereinen, sowie die Namen aller ausgewiesenen Sozialdemokraten enthalten wird.

Die geheime sozialdemokratische Organisation in Berlin, die nach der Verhaftung des sozialdemokratischen Central-Comitees zerstört zu sein schien, soll wieder vollständig hergestellt sein. Die erste Probe, wie nach Ergänzung der Lücken die neue Organisation funktionirt, wurde durch Vertheilung eines sozialdemokratischen Flugblattes gemacht. Jetzt treten die „Berliner Genossen“, also die Delegirten der geheimen Organisation, mit einem anderen Rundbogen an die Öffentlichkeit. Sie belegen ein Restaurationslokal im Namen der Partei mit dem Bann. Die Wirthin des Lokales soll nämlich eine Anzahl Arbeiter, welche sie für Sozialdemokraten hielt, der Polizei als solche denuncirt haben, auch soll sie andere Wirthin, bei denen Berliner Sozialdemokraten Zusammenkünfte abhielten, denuncirt haben. Von dieser Denunciation soll ein Delegirter der sozialdemokratischen Partei Kenntniß erhalten haben haben. — Auch wehte am Sonntag in der Brombergerstraße eine mächtige blutrothe Fahne. Dieselbe trug die Aufschrift: „Hoch lebe Bebel!“ Die Sozialdemokraten hatten also die Entlassung Bebel's aus dem Gefängniß zu dieser Demonstration benutzt.

Der jüngste deutsche Handwerkerkongress in Dortmund hat wieder den Beweis geliefert, daß die zünftlerische Bewegung an ihren äußersten Grenzen festhält und mit den Zugeständnissen, welche die Gesetzgebung in den letzten Jahren zur Förderung eines gesunden Innungswesens gemacht hat, keineswegs zufrieden ist. Junktzwang und Befähigungsnachweis bilden in erster Linie die Forderungen der Versammlung, einige praktische Vorschläge, bei denen die Handwerker Ursache zu Beschwerden zu haben glauben und die in der That wohlwollender Prüfung bedürfen, wie die Verhältnisse im Haus- und Wanderlagerwesen, im Submissionsverfahren, in der Strafanstaltsarbeit u. A. wurden nur nebenher behandelt. Es ist bekanntlich eine wohlbegründete Klage, daß die wiederholten gesetzgeberischen Maßnahmen zur Förderung des Innungswesens bei den Beteiligten selbst große Gleichgültigkeit oder sehr geringen Eifer vorfinden und darum den erwünschten Nutzen und Erfolg keineswegs in vollem Umfange gehabt haben. So hat auch für die Innungsnovelle aus der jüngsten Reichstags-Session, betreffend die Heranziehung der Richtungsmeister zu den Kosten gewisser gemeinnütziger Innungseinrichtungen, die Dortmunder Versammlung wenig Dank gehabt, und es ist zu bezweifeln, ob auch aus diesem Gesetze der volle Nutzen für die Innungen gezogen wird, welcher daraus gezogen werden könnte. Die „N.-L. G.“ bemerkt darüber: „Die Leiter der Bewegung, wenn es ihnen wirklich um praktischen Nutzen zu thun wäre, sollten ihre Anhänger lieber auf erreichbare Ziele und Verwerthung der bereits erlangten Zugeständnisse hinweisen, als sie fortwährend an Utopien aufzuregen. Nicht der ist ein wahrer Freund des Handwerkes, der fortwährend die Begehrlichkeit nach unerreichbaren Zielen aufstacheln, sondern derjenige, der auf das praktisch Mögliche und in der heutigen Weltordnung Durchführbare hinweist und auf diesem Boden eifrig und unverdrossen zu arbeiten rath. Es drängt sich bei dieser Bewegung in ganz unbedeutender Weise das religiöse und politische Parteiwesen in den Vordergrund. Proslawische Orthodoxen und ultramontane Agitatoren suchen die Handwerkerbewegung mit Erfolg mehr und mehr in die Hand zu bekommen. Namentlich die Letzteren erschienen in Dortmund als die eigentlichen Leiter, von

Schorlemer-Mist und einige katholische Kaplanen führten das große Wort und dabei traten selbstverständlich die kirchlichen Interessen weit mehr in den Vordergrund, als die praktischen Interessen des Handwerkerstandes. Ob es den letzteren förderlich ist, wenn so einseitige politisch-kirchliche Bestrebungen damit verquittet werden, möchten wir bezweifeln.“

Aus dem Salzammergut kommen telegraphische Meldungen über eine heftige Verheerung durch Hochwasser. Gmunden ist überschwemmt und das Wasser noch fortwährend steigend, ebenso in Altmünster. Aus Gosau wird ein furchtbarer Ausbruch aller Wildbäche gemeldet. Es regnet ununterbrochen. Der Bahnverkehr Schl.-Gmunden ist vorläufig eingestellt, ebenso ist auf der Strecke Bischofshofen-Selzthal und Hallein-Salzburg der Verkehr unterbrochen, da Regengüsse eine Unterwaschung bei Hütten herbeiführten. In Salzburg nimmt das Hochwasser größere Dimensionen an; viele Sassen am Salzachufer stehen unter Wasser, die Communication ist theilweise gestört. Militärmannschaft wurde mit Rähnen ausgerüstet. Ueberall sind zahlreiche Touristen anwesend, welche an der Abreise verhindert sind.

Bulgarien. Der feierliche Einzug des Prinzen Ferdinand in Sofia ist erfolgt. Ein Theil der Bevölkerung hatte den Prinzen schon außerhalb der Stadt erwartet und lebhaft begrüßt. Nach Ankunft in der Stadt und Entgegennahme der Bewillkommung durch den Bürgermeister und Deputation, begab sich der Prinz nach der Kathedrale, wo ein Lebeum stattfand, und dann unter Hurrufen der Bevölkerung nach dem fürstlichen Palais. Zwölf Führer der bulgarischen Stämme in Macedonien sind hier eingetroffen, um dem Fürsten die Versicherung der Ergebenheit der macedonischen Bulgaren zu überbringen. Der Hauptpassus der Rede des Prinzen Ferdinand in Erwiderung der Ansprache des Bürgermeisters lautet: „Ich hoffe, mit einer verständlichen Gesinnung, der Achtung vor den Gesetzen, der Erfüllung unserer internationalen Verpflichtungen, insbesondere mit der wohlwollenden Unterstützung der erhabenen Pforte und einer ehelichen Beobachtung unserer Pflichten gegen den suzeränen Hof wird es uns gelingen, die Krisis zu beendigen, Bulgarien wieder auf den normalen Weg zu lenken und eine Aera des Friedens, der Ordnung und des Gedeihens zu eröffnen. Ich danke für den mir bereiteten Empfang. Es lebe Bulgarien!“ Ueber die Bedeutung der Worte: „Erfüllung der internationalen Verpflichtungen“ befragt, erwiderte Prinz Ferdinand, „er meine damit die Fertigstellung der Eisenbahnen, die Lösung der Frage der Staatsschuld und des Tributs an die Pforte, der Frage des Vakufs.“ Prinz Ferdinand empfing heute früh die Offiziere der Garnison von Sofia und empfahl denselben Disziplin und Einigkeit, denn ein vollständiges Einvernehmen zwischen dem Fürsten und der Armee bilde die Sicherheit und die Zukunft des Landes.

Sämmtliche italienische Blätter beschäftigen sich mit dem kühnen Schritte des Koburgers, für den dort eine entschiedene Sympathie vorhanden ist, wie denn die Italiener ihre Theilnahme an dem Geschick Bulgariens nie verleugnet und seiner Zeit die Abgesandten der Regentschaft mit ganz besonderem Entgegenkommen empfangen haben. Die „Opinione“ schreibt darüber in einem Leitartikel: „Unleugbar ist, wenn der Prinz von dem Throne Besitz ergriffen hat, ohne die Ratifikation der Pforte und die Zustimmung der Mächte abzuwarten, der Berliner Vertrag verletzt worden. Aber es nicht anzunehmen, daß dem Prinzen wirksame Ermuthigungen gemangelt haben, und seine Abreise fiel, wie angesehene auswärtige Blätter bemerkt haben, mit der Unterredung der beiden Kaiser in Gastein zusammen. Wir können nur wünschen, daß den besonderen Umständen Rechnung getragen werde, in welche das bulgarische Volk ohne seine Schuld verwickelt worden ist, sowie, daß man das Gefühl in ernsthafte Erwägung ziehe, von welchem die Wahl der Versammlung, die Annahme des Prinzen und die nachfolgenden Kundgebungen geleitet wurden. Italien kann nicht umhin, mitzuwirken für den Frieden und für die Beachtung des Willens der bulgarischen Nation. Die Lage ist derart, daß sie die höchste Umsicht und die größten Rücksichten fordert, damit die mannichfachen Empfindlichkeiten geschont und zugleich mit der Achtung vor dem frei ausgesprochenen Willen eines verständigen und der Unterstützung würdigen Volkes auch der europäische Friede erhalten werde.“ — In dem gleichen Sinne spricht sich der „Popolo Romano“ aus, welcher mit Befriedigung konstatiert, daß seit dem letzten Sonntag die bulgarische Krisis in eine neue wahrscheinlich die ersehnte Lösung vorbereitende Phase getreten sei. Das Blatt ist der Meinung, daß, selbst wenn wider Erwarten das kühne und loyale Vorgehen des Prinzen Ferdinand nicht zum erwünschten Ziele führen sollte,